

13.08

Abgeordnete Kira Grünberg (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Schon öfters wurde heute aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zitiert. Halten wir uns diese vor Augen und denken wir an die unantastbare Würde des Menschen, dann ist uns allen sofort klar, dass diese Grundsätze mit der Todesstrafe nicht vereinbar sind. Das macht auch der vorliegende einstimmige Entschließungsantrag der Kolleginnen Kugler und Fürst ausdrücklich klar.

Tragischerweise gilt diese Klarheit nicht für alle Länder dieser Erde. Negativer Spitzenreiter ist neben China auch der Iran. Gemessen an der Bevölkerungszahl des Iran gibt es dort die meisten Hinrichtungen. Wir reden hier von mehreren Hundert Personen pro Jahr. Schon Ehebruch oder Homosexualität kann zum Verhängen der Todesstrafe führen. Besonders bedauerlich ist die Entwicklung in den letzten zehn bis 15 Jahren, denn in dieser Zeit wurde ein kontinuierlicher Anstieg der Exekutionszahlen verzeichnet.

Wir haben möglicherweise nicht so viel Bezug zu den Staaten, in denen die Todesstrafe vollzogen wird, wie zum Beispiel dem Iran, Bangladesch, Südsudan oder auch Pakistan. Trotzdem liegt es in unser aller Verantwortung, wiederholt gegen diese menschenunwürdigen Handlungen aufzutreten. Die weltweite generelle Abschaffung der Todesstrafe muss unser aller Vision und unser deklariertes Ziel sein.

Was mich als junge Frau ganz besonders betroffen macht, ist die Tatsache, dass nicht einmal Minderjährige verschont bleiben. Es sind Exekutionen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zum Tatzeitpunkt nicht einmal 18 Jahre alt waren, dokumentiert. Bereits mehrmals hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Iran explizit aufgefordert, diese Praxis zu stoppen.

Schließen möchte ich heute mit einem Zitat eines ganz Großen der Weltgeschichte: „Auge um Auge – und die ganze Welt wird blind sein.“ – Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall.)*

13.11

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste ist Frau Abgeordnete Sandra Wassermann zu Wort gemeldet. – Bitte.